

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/10

Bonn, den 16. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u>       |   | <u>Zeilen</u> |
|--------------------|---|---------------|
| 1 - 2              | <u>Die Bundesregierung weiß was sie will</u><br>CDU/CSU haben keine Alternative<br>Zur Debatte über den "Bericht zur Lage der Nation"   | 80            |
| 3 - 4              | <u>Unser Staat</u><br>Kein Selbstbedienungsladen für Interessenten<br>Von Bürgermeister Professor Dr. Weichmann, Hamburg  | 97            |
| 5                  | <u>Militärzensur in der Schweiz?</u><br>Parlamentsberichterstattung über militärische Fragen umstritten<br>Von Hermann Battaglia, Bern  | 40            |
| <u>A N H A N G</u> |   |               |
|                    | <u>Städtebau der Zukunft</u><br>Tendenzen - Prognosen - Utopien<br>Zu einem Buch, herausgegeben von Bundeswohnungs-<br>bauminister Dr. Lauritz Lauritzen<br>Von Rolf Heyen, MdB | 87            |

Die Bundesregierung weiß was sie will

CDU/CSU haben keine Alternative

Zur Debatte über den "Bericht zur Lage der Nation"

G.M. - Die Bundestagsdebatte über den "Bericht zur Lage der Nation" hat deutlich gemacht: Die Bundesregierung weiß was sie will, die Oppositionsparteien CDU/CSU haben keine Alternative hierzu. Diese Parteien flüchten sich in Erinnerungen, klammern sich an vermeintliche, aber nicht vorhandene Erfolge von gestern und versuchen im übrigen, der Bundesregierung einzureden, auch sie müsse - wie sie selbst - im Immobilismus verharren.

Vorsichtige Oppositionsredner bemühten sich, den Nachweis zu führen, daß sie ja "im Grunde" auch so etwas Ähnliches wollten, wie die Bundesregierung. Nur hüteten sie sich ängstlich davor, Roß und Reiter zu nennen und geben sich böse, weil die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nicht die Absicht hatten und haben, die Debatte über den "Bericht zur Lage der Nation" mit einer EntschlieÙung zu beenden.

Gute Formulierer können immer eine einigermaßen akzeptable EntschlieÙung zu Papier bringen. Ob solche EntschlieÙungen, auch wenn sie von der Mehrheit des Parlaments gebilligt werden, gleichbedeutend mit praktischer Politik sein können, ist schon in der Vergangenheit mehr als einmal angezweifelt worden. Politik ist nicht statisch, und was vorgestern vielleicht richtig gewesen sein mag, muß übermorgen nicht unbedingt ebenfalls richtig sein. Eine Regierung muß daher Richtlinien aufstellen, sie erläutern und im Rahmen der von ihr entwickelten Konzeption praktische Politik machen. Wie diese Richtlinien aussehen, welche Grundsätze ihr eigen sind, das hat der Bundeskanzler gesagt; n i e m a n d hat diesen Grundsätzen widersprochen.

Die Bundesregierung hätte sich das Leben leicht machen können. Auch sie wäre in der Lage gewesen - ähnlich wie Ulbricht - Maximalforderungen aufzustellen, diese fein säuberlich aufzuschreiben und als Gegenvorschlag zu Ulbrichts Forderungen nach Ostberlin zu schicken. Das Ergebnis einer solchen "Politik" wäre vorauszusehen. Beide Seiten würden die zweifelhafte Genugtuung haben, die andere Seite der Anmaßung zu bezichtigen, Resolutionen hüben und drüben wären die Folge gewesen und die ganze Welt, einschließlich unsere Freunde, hätten wieder einmal sagen können, mit "den Deutschen" sei kein Staat zu machen.

Die Regierung Brandt/Scheel schlägt einen anderen Weg ein. Sie ist bereit, auch mit der Regierung der DDR über den Abschluß

eines Gewaltverzichts-Abkommens zu verhandeln; ohne jede Diskriminierung und in Anerkennung der Realität, die auch blinden Eiferern heute besagt, daß es zwar eine deutsche Nation, aber zwei deutsche Staaten gibt. Die Regierung Brandt/Scheel hat deutlich gemacht, daß ein solches Abkommen mit der DDR nach ihrer Meinung den gleichen Wert haben soll, wie Vereinbarungen und Verträge, die mit anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes geschlossen werden.

Sie hat auch, entsprechend ihrer Überzeugung, gesagt, daß eine europäische Sicherheitskonferenz zu nichts führen würde, wenn man nicht vorher zwischen den beiden deutschen Staaten zu einem exträglichen Verhältnis gelangen würde. Zwei deutsche Staaten, deren Regierungen nur auf der Grundlage von schriftlich festgelegten Maximalforderungen miteinander verkehren, würden eine europäische Sicherheitskonferenz belasten und schon im Vorfeld deren Erfolg in Frage stellen.

Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß auch die besonneneren Mitglieder der CDU/CSU dies begreifen und im Laufe der Zeit bereit sein werden, entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen. Auch sie wissen, daß die deutschen Fragen nicht durch Immobilität ihrer Lösung entgegengeführt werden können.

Zwei wichtige Verbündete der Bundesrepublik, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, haben gerade jetzt erneut offiziell erklärt, daß sie voll und ganz hinter den Bemühungen der Regierung Brandt/Scheel stehen, den eigenen deutschen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West in Europa zu leisten. Der französische Staatspräsident Pompidou hatte dies schon früher getan. Das ist nicht überraschend, mit Ausnahme vielleicht für einige Publizisten und CDU/CSU-Politiker, die es anders wissen wollten. Es ist deshalb nicht überraschend, weil die Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel in ihrer Anlage und in ihrer engen Verbundenheit mit den Intentionen der Alliierten völlig übereinstimmt.

Es kann durchaus sein, daß die Bemühungen der Bundesregierung um die Verbesserung des Klimas zwischen Ost und West in Europa nicht den Erfolg zeitigen, den wohl alle vernünftigen Menschen in Deutschland wünschen. Dann aber soll es klar sein, daß nicht die Bundesrepublik der Störenfried ist, sondern andere, die der Meinung sind, daß wir im gespaltenen Deutschland und im gespaltenen Europa in der besten aller Welten leben.

+ + +

## Unser Staat

-----

### Kein Selbstbedienungsladen für Interessenten

Von Bürgermeister Professor Dr. Weichmann, Hamburg

In dieser Zeit einer permanenten Revolution des Wissens und des Bewußtseins werden wir vielleicht mehr als in jenen Epochen etablierter Überlieferungen und Sittenkodizes lernen müssen, mit der Unvollkommenheit der Welt zu leben und sie als eine Tatsache hinzunehmen, auch wenn wir um Besserung bemüht sein müssen. Der Schöpfer der Welt hat uns diese Welt eben leider unvollkommen überlassen, und den Menschen ist es bei der Lenkung der Geschicke durch die 5.000 Jahre Menschengeschichte nicht gelungen, diese aus den Fugen gegangene Welt einzurenken.

Eben darum müssen wir auch in unser Bewußtsein aufnehmen, daß wir immer wieder und auch mit dem Zweifel in der Brust nicht selbstgerecht und nicht vermeinend, den Stein der Weisen zu besitzen, mit der Problematik fertig werden müssen. Und so, sprechend von der Unvollkommenheit dieser Welt, möchte ich einmal fragen: Haben wir eigentlich hier genügend ausdebattiert oder uns vor Augen gehalten, in welchem Rahmen sich Staatstätigkeit in dieser Welt von heute oder von morgen vollzieht?

Noch nie ist der Bürger, noch nie ist der Mensch in der Geschichte mit solch einer Vielfalt von Eindrücken überschüttet worden, so zerzerzt worden in seinen Gefühlen und Empfindlichkeiten, wie unter dem Trommelfeuer der Massenmedien, der gesellschaftlichen Unruhe, der wissenschaftlichen Evolution. Er befindet sich sozusagen von früh bis spät auf der Folterbank der verschiedensten Eindrücke und Meinungen, die auf ihn herniederprasseln.

Diese Zeit, gerade mit ihren Massenmedien, gerade mit ihrer Liebe zum Extremen oder zur Abseitigkeit, gerade mit den schrecklichen Geschehnissen, die wir auch nicht zuletzt jenseits des großen Teiches erleben, droht dem Leben seine Selbstverständlichkeit zu nehmen, bedroht junge Menschen überhaupt darin, noch zum Leben ja zu sagen, und bedroht die Welt damit, ihr Selbstverständnis und ihr Weltverständnis zu verlieren. Als Folge davon stehen wir alle - und das ist uns Politikern allen ins Stammbuch geschrieben - einer immer mehr absinkenden Verantwortlichkeit des einzelnen für sich selbst gegenüber.

Keiner richtet eigentlich noch Anforderungen an sich selbst, sondern überwälzt sie an den "Staat". Keiner fühlt sich eigentlich noch selbst durch irgendeine Unvollkommenheit seines eigenen oder gesellschaftlichen Lebens angesprochen, sich den Schwierigkeiten des Lebens aus eigenen Kräften zu stellen. Er klagt nicht, er hadert nicht mehr wie Hiob mit seinem Gott, er hadert mit seiner Regierung und macht sie verantwortlich für Dinge, die vielleicht im Rahmen seiner eigenen Verantwortung hätten gemeistert werden sollen oder gemeistert werden können.

Eben diese Erscheinung - und das hat mit der Regierungsform überhaupt nichts zu tun -, wird begleitet von der Tatsache, daß die parlamentarische Demokratie droht, in eine Demonstrationsdemokratie umfunktioniert zu werden; das betrifft unbeschadet der politischen Richtung j e d e Regierung. Das bedeutet eine Gefahr nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Existenz und die Autorität des Parlaments.

Vielleicht beklagt man sich über die mangelnde Macht des Parlaments. Wir alle müssen uns in der Überzeugung finden, daß dieser Staat

kein Selbstbedienungsladen für einzelne Interessenten oder Interessengruppen sein kann; in dem noch dazu der Steuerzahler die Ware bezahlen soll. In diesem Sinne kann eine Regierung gegenüber der Vielfalt der Anforderungen, die anscheinend modisch und in ansteckender Weise jetzt über die Gewalt der Straße, über Demonstrationen möglichst mit Erpressungstaktik durchgesetzt werden, nicht stärker sein als das Parlament.

Ein Wort zu der Unruhe der Jugend. Diese Jugend ist radikal; sie neigt zu extremen revolutionären Lösungen. Ich finde das nicht erschütternd. Es gehört wohl zu einer Jugend, daß sie noch nicht mit dem Serum der Kompromißwilligkeit geimpft ist. Ich glaube freilich auch nicht, daß es ein Hilfsmittel wäre, mit dieser Jugend nur zu diskutieren. Da gibt es Grenzen. Wir sehen das ja auch in einigen Bezirken des Universitätslebens, in denen es offenbar keine Brücken der Verständigung mehr gibt. Ich finde auch das noch nicht einmal erschütternd. Wenn ich heute wieder 18 oder 19 Jahre alt wäre - ich habe den Verdacht, daß ich auch in die Reihen der Diskussionsunwilligen oder Extremen gehören würde. Das ist also nicht unverständlich, nur sollte man keine Illusionen über Verständigungsmöglichkeiten haben.

Was ich als viel schlimmer betrachte, vollzieht sich in einem anderen Bereich der Jugend. Der Professor an der Forschungsstelle für Jugendfragen der Pädagogischen Hochschule in Hannover, Herr J a i d e, hat verschiedene Umfragen unter der Jugend veranstaltet, und ich greife ein Umfrageergebnis bei Hamburger Arbeiterinnen heraus, was sie über die Staatsform bei uns dächten. Die Umfrage erbrachte folgendes Ergebnis: Zwei Prozent hatten viel auszusetzen, 25 Prozent hatten einiges auszusetzen, 26 Prozent fanden alles in Ordnung, aber 47 Prozent dachten sich gar nichts.

Das ist ein erschreckendes Ergebnis. Gerade aus diesem Grunde kann ich ganz prinzipiell nicht dem Worte zustimmen: "Über Leistungen wollen wir hier nicht sprechen, sondern über Versäumnisse!" Auch wenn man über Versäumnisse spricht, ist es der Ton, der die Musik macht. Wir müssen wenigstens ein Minimum an Staatsbejahung erreichen, ein Minimum an der Bejahung dieses demokratischen Staates und des Lebens, das dieser Staat in Freiheit für das Individuum und nicht in dirigistischer Weise erzielen will. Und dazu, um dieses Minimum zu erreichen, bedarf es gewisser Grundregeln.

Wir müssen die Grundregeln wissen, und wir müssen sie auch predigen. Unser gesamtes Gesellschaftsleben würde in das Chaos ausarten, wenn wir nicht disziplinierte Formen des Zusammenlebens üben, die naturgemäß bedeuten, daß ein jeder auch auf den anderen Rücksicht nehmen muß und nicht alles für sich beanspruchen darf. Wir brauchen dazu eine Regierung, die das Mögliche vom Unmöglichen, das Reale vom Utopischen, das Geld, das sie hat, von dem, das sie nicht hat, und die Redlichkeit von der Demagogie zu unterscheiden versteht. Wir brauchen die Erkenntnisfähigkeit unseres Bürgers, daß er sich in dieser Welt nicht nur neugierend, sondern auch abwägend verhalten kann, daß er in einer notwendigen sozialen Gemeinschaft und Verbundenheit lebt und sich dann auch auf Abstriche an den einzelnen Vorstellungen in diesem Leben einrichten hat.

+ + +

### Militärzensur in der Schweiz?

---

Von Hermann Battaglia, Bern

Wenn in Griechenland die Pressefreiheit abgewürgt wird, erstaunt dies nicht. Wo der Demokratie der Garau gemacht wird, kann eine freie Presse nicht geduldet werden. Daraus zu schließen, daß es Angriffe auf die Pressefreiheit nur in Diktaturen gibt, wäre falsch. Die Musterdemokratie Schweiz liefert dafür ein treffendes Beispiel:

Im Juni 1969 hat ein Nationalrat im eidgenössischen Parlament aus einem als vertraulich klassierten militärischen Dokument zitiert. Die Sitzung war öffentlich und jedermann - z.B. auch ausländischen Militärattachés - zugänglich. In ihren Parlamentsberichten haben die Journalisten die Leser ihrer Zeitungen im üblichen Rahmen auch über dieses Votum orientiert. Das hat den Oberauditor der Armee auf den Plan gerufen, der damit drohte, alle Presseleute, die wahrheitsgetreu über den Vorgang im Parlament berichtet hätten, könnten militärstrafrechtlich verfolgt werden. Es sei zwar richtig, daß das Strafgesetzbuch "die wahrheitsgemässe Berichterstattung über die öffentlichen Verhandlungen einer Behörde als straflos" erklärte. Im Militärstrafgesetzbuch habe man diese Bestimmung aber bewußt weggelassen, weil militärische Geheimnisse unter allen Umständen gewahrt werden müßten.

Gegen diese Auslegung hat die Schweizer Presse heftig protestiert. Angesichts der Tatsache, daß in der Schweizer Armee alles andere als Klarheit darüber besteht, was "vertraulich", "geheim" oder "streng geheim" ist, angesichts des Umstandes, daß nicht klassierte Dokumente jederzeit nachträglich noch als "geheim" oder "vertraulich" bezeichnet werden können, hätten sich die Parlamentsberichtersteller tatsächlich ständig mit einem Bein im Zuchthaus befunden. Was sich der oberste Justizoffizier der Armee angemaßt hat, wäre auf eine Militärzensur hinausgelaufen.

Die Proteste der Schweizer Presse sowie zahlreicher Parlamentarier blieben nicht wirkungslos. Die Landesregierung hat die Erklärung abgegeben, "daß der Geheimnischarakter eines ursprünglichen militärischen Geheimnisses durch dessen öffentliche Bekanntgabe im Ratsaal weg falle". Zudem hat sie sich bereit erklärt, zu prüfen, ob und welche gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um sowohl die Pressefreiheit als auch die Wahrung militärischer Geheimnisse zu garantieren. Die Presse wird gut daran tun, diese Prüfung mit wachsamem Augen zu verfolgen und die Lehre zu ziehen, daß die Freiheit auch in der demokratischen Schweiz ständig neu erworben werden muß. Zu hoffen ist, daß sich die Zeitungsleute auch anderen reaktionären Tendenzen gegenüber, von denen sie nicht direkt betroffen werden, so wachsam und so mutig zeigen werden.

Städtebau der Zukunft

Tendenzen - Prognosen - Utopien

Zu einem Buch, herausgegeben von Bundeswohnungs-  
bauminister Dr. Lauritz Lauritzen

Von Rolf Heyen, MdB

- \* Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritz Lauritzen wird am 20. Ja-
- \* nuar 60 Jahre alt. Wir meinen, daß ein aktiver Politiker gerade
- \* aus diesem Anlaß nicht besser geehrt werden kann, als durch ei-
- \* nen Hinweis auf seine Aktivität in den Bereichen, die ihm be-
- \* sonders am Herzen liegen. Das von MdB Rolf Heyen besprochene
- \* Buch ist ein Zeugnis für die Intensität, mit der Wohnungsbaumi-
- \* nister Dr. Lauritz Lauritzen die Idee des modernen Wohnungs-
- \* und Städtebaus fördert. Die Redaktion.

"Die öffentliche Diskussion über den Städtebau ist stärker geworden. Es wächst das Unbehagen über den Zustand der Städte und es zeichnet sich eine größere Bereitschaft ab, Experimente zu akzeptieren. Die Einsicht wächst, daß es notwendig sein wird, neue Wege zu gehen."

Dr. Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, hat mit der Herausgabe von Aufsätzen und Referaten führender Architekten, Soziologen, Zukunftsforscher und Politiker zum Thema "Städtebau der Zukunft" eine nützliche Darstellung des gegenwärtigen Meinungsstandes auf diesem Gebiet veröffentlicht. Zwar ist - worauf der Herausgeber in seinem Vorwort selbst hinweist - der Umfang des Buches nicht ausreichend, um allen Varianten des heftig umstrittenen Themas den ihnen gebührenden Platz zu gewähren. Die Aufnahme sämtlicher relevanter Texte aber hätte der Übersichtlichkeit geschadet. Dr. Lauritzen tat gut daran, den fachkundigen, an Spezialliteratur interessierten Leser auf die umfangreiche Bibliographie zu verweisen.

Die Auswahl der Texte wurde auf die potentielle Leserschicht zugeschnitten. Nicht für Fachleute kann das Buch gedacht sein, sondern für eine interessierte Öffentlichkeit, deren Problembewußtsein entwickelt werden soll. Unter den Verfassern finden sich viele bekannte Namen aus Wissenschaft und Politik. Der Forderung, den Städtebau endlich als interdisziplinäre Aufgabe zu begreifen, wurde damit voll Rechnung getragen. Es seien hier nur Rudolf Hillebrecht, Dr. Hans-Jochen Vogel, Rolf Schwedler und auch der Herausgeber selbst genannt.

Entsprechend ihrem geistigen Hintergrund analysieren die Autoren das Problem unter soziologischen, historischen, sozialpsychologischen, architektonischen und politischen Aspekten. Ihre Schlußfolgerungen sind unterschiedlich; kaum einer wagt die konkrete Prognose, wie denn nun die Stadt von morgen aussehen soll. Bestehende Modelle wie die sogenannte "Gropiusstadt" in Berlin oder Le Courbusiers "Cité Radieuse" als Prototyp der "City Beautiful" werden verworfen.

Vielmehr wird darauf verwiesen, daß eine Prognose im Zeitalter eines immer rascher werdenden Wandels fast unmöglich, Flexibilität daher oberstes Gebot der Stadtplanung sein müsse. Stadt sei nicht Zustand, sondern Prozeß; der Aggregatzustand der Städte habe sich verflüchtigt, so hat es Dr. Hans-Jochen Vogel formuliert.

In weniger als 100 Jahren werden etwa 90 Prozent der Weltbevölkerung in Städten wohnen. Humaner Städtebau ist das Gebot der Stunde und darüber hinaus der Zukunft, damit die Stadt nicht uns regiert, sondern umgekehrt. Mitscherlich hat zu Recht vor jenen absoluten Propheten modernen Städtebaus gewarnt; deren utopischen Konzeptionen sich der Mensch nach der Devise "Vogel-friß-oder-stirb" unterzuordnen habe.

Gleichwohl muß die jetzt noch weitverbreitete Planlosigkeit im Städtebau, das hektische Erstellen einer möglichst großen Zahl von Wohnungen abgelöst werden durch flexible, aber umfassende Planung, die die Bedürfnisse des Menschen von morgen unter Berücksichtigung der zu erwartenden Entwicklungen als oberstes Primat anerkennt, nicht aber das Prestigebedürfnis von Architekten und auch Politikern. Sonst werden wir eines Tages in sogenannten "Slurbs" (Zusammensetzung aus den englischen Wörtern Slum = Elendsviertel und Suburb = Vorort) leben.

Es würde zu weit führen, hier alle soziologischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und architektonischen Gesichtspunkte anzuführen, die von den Autoren als entscheidende Faktoren des Städtebaus der Zukunft hervorgehoben werden.

Städtebau aber darf nicht allein den Wissenschaftlern und Technikern vorbehalten bleiben, seien es nun Architekten, Künstler oder Soziologen. Stadtentwicklung ist eine politische Aufgabe. Rolf Schwedler hat das so ausgedrückt: "Ob wir nun Sklavenstädte oder Städte freier Bürger bauen, mit dem einen wie dem anderen bestimmen wir die Welt von morgen. Solche Entscheidung ist aber nicht nur Sache der Planer. Städtebau ist politisches Handeln auf weite Sicht."

Allein die Frage der Finanzierung des Städtebaus ist hierfür ein ausreichendes Beispiel. Und wie könnten wir uns ohne eine vernünftige Bodenreform aus dem Egoismus des heutigen Städtebaus befreien? So hat Dr. Lauritz Lauritzen denn auch das von ihm herausgegebene Buch "Ein Buch für das Städtebauförderungsgesetz" genannt.

Doch wäre es eine bescheidene Untertreibung, dem Buch nur aufklärerische Wirkung in Bezug auf das Städtebauförderungsgesetz zuzugestehen. Vielmehr kann es ein Beitrag dazu sein, eine breitere Öffentlichkeit zu der Erkenntnis zu führen, welche eminente Bedeutung dem Städtebau heute und in der Zukunft zukommen muß. Erst dann werden die verantwortlichen Politiker freie Hand haben, dem modernen Städtebau auch gegen den Widerstand wortgewaltiger Lobbies die ihm gebührende politische Priorität zu verschaffen.

Zwar wird - wie die Soziologin Elisabeth Pfeil bemerkt - die künftige Gesellschaft nicht das Produkt der Bau- und Stadtformen sein, aber sie werden wesentlich darüber mitbestimmen, wie wir im Jahre 2000 leben werden. Denn - so Adolf Arndt - es geht nicht um den Entwurf von Bauten, sondern es geht um den Entwurf vielfältiger Möglichkeiten, selbst zu leben und miteinander zu leben.